

Geschäftsbericht 2007



Ein aktiver Partner für soziale Sicherheit

- Wir beraten kompetent und erbringen umfassende Leistungen
- Teamgeist,
 Leistungsstärke und
 ständige Qualifizierung
 sind unsere Basis
 für ein erfolgreiches
 Service-Unternehmen
- Mit unserer Betreuung schaffen wir soziale und finanzielle Sicherheit

Impressum:

© Unfallkasse Berlin 2008 www.unfallkasse-berlin.de

Verantwortlich: Wolfgang Atzler

Redaktion: Kirsten Wasmuth

Realisation: eobiont GmbH

www.eobiont.de

Bildnachweise: DGUV, Fotolia, Röhl/UK Berlin, Brettin/UK Berlin, Pfarr/UK Berlin, iSockphoto, Getty Images, Pixland

Inhaltsverzeichnis

- 3 Vorwort
- 4 Aufgaben, Unternehmen und Versicherte
- 8 Selbstverwaltung
- Verwaltung, Datenverarbeitung und Organisation, Prüf- und Beratungsdienst,
- 12 Prävention
- 20 Leistungen
- 24 Widersprüche und Klagen Regress
- 28 Haushalt
- 31 Broschüren



Auf den Seiten vor den einzelnen Kapiteln finden Sie Motive aus der Kampagne der gesetzlichen Unfall- und Krankenversicherung "Deine Haut. Die wichtigsten 2 m² deines Lebens."

Ziel der Kampagne ist, für einen bewussteren Umgang mit dem größten menschlichen Organ zu werben.

Liebe Leserinnen und Leser,

im Vorgriff auf das inzwischen in Kraft getretene Unfallversicherungsmodernisierungsgesetz (UVMG), das weitreichende Veränderungen in der Organisation der gesetzlichen Unfallversicherung zum Gegenstand hat, haben sich am 1. Juni 2007 der Bundesverband der Unfallkassen als der Spitzenverband der Unfallversicherungsträger der öffentlichen Hand und der Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften "Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung (DGUV) e. V." zusammengeschlossen. Der damit geschaffene gemeinsame Spitzenverband von Unfallkassen und Berufsgenossenschaften bildet ein starkes und zukunftsfähiges Fundament für die Arbeit der Unfallkasse Berlin.

Die Zahl der bundesweit tätigen Unfallversicherungsträger wurde zum Ablauf des Geschäftsjahres infolge von Fusionen reduziert. Weitere Fusionen sind bereits angekündigt. Überlegungen der Unfallkasse Berlin zu einer Fusion mit zwei anderen Unfallkassen haben sich allerdings als zur Zeit nicht umsetzbar erwiesen. Die Unfallkasse Berlin ist in dieser Debatte als gemeinsamer Träger im kommunalen Bereich und im Landesbereich im Land Berlin aber für die Zukunft gut aufgestellt. Auch eine vertiefte Zusammenarbeit der Träger eröffnet neue Chancen und Einsparpotenziale. Diesem wichtigen Thema werden wir uns als Selbstverwaltung auch in Zukunft intensiv widmen.

Ein Beispiel für ein erfolgreiches Zusammenwirken der Unfallversicherung mit über hundert gesetzlichen Krankenkassen ist die gemeinsame Präventionskampagne "Deine Haut. Die wichtigsten 2 m² deines Lebens", die sich noch bis Ende 2008 ganz dem Thema Haut widmen wird. Ziel ist es, für einen bewussteren Umgang mit dem größten menschlichen Organ zu werben. In diesem Geschäftsbericht finden Sie Motive aus der Kampagne.

In der täglichen Arbeit der Unfallkasse Berlin hatte im Bereich der Prävention die Umsetzung der "Potsdamer Erklärung" der Unfallversicherungsträger der öffentlichen Hand Priorität. Am darin formulierten ehrgeizigen Ziel, die Zahl der Unfälle bis zum Ablauf der Wahlperiode 2011 um 30 Prozent zu senken, halten wir auch unter den neuen Rahmenbedingungen fest.

Im Bereich der Rehabilitation wurde das Reha-Management intensiviert. Die Ihnen in diesem Geschäftsbericht vorgetragenen Zahlen belegen, dass eine frühzeitig einsetzende, kompetente Heilverfahrenssteuerung mit allen geeigneten Mitteln nicht nur Heilverläufe unserer Versicherten positiv beeinflusst und sehr beschleunigt, sondern insgesamt auch deutlich deren Kosten senkt. Davon profitieren also alle Betroffenen.

Wir als Selbstverwaltung freuen uns mit allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unseres Hauses über ein erneut erfolgreiches Geschäftsjahr. Wir bedanken uns aus diesem Anlass bei allen, die dazu beigetragen haben.

Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, wünschen wir eine anregende Lektüre.





Berlin, im August 2008

Volker Claus (Vorstandsvorsitzender)

Werner Schaberg (alternierender Vorstandsvorsitzender)



Aufgaben, Unternehmen und Versicherte



Aufgaben

Die Unfallkasse Berlin ist Trägerin der gesetzlichen Unfallversicherung für das Land Berlin.

- Sie hat die gesetzliche Aufgabe, Unfällen am Arbeitsplatz, in der Schule und auf den damit verbundenen Wegen vorzubeugen und sie mit allen geeigneten Mitteln zu verhüten. Ebenso soll sie Berufskrankheiten und arbeitsbedingten Gesundheitsgefahren vorbeugen und diese verhindern.
- Sofern ein Arbeitsunfall oder eine Berufskrankheit eingetreten ist, gewährleistet die Unfallkasse Berlin mit allen geeigneten Mitteln die medizinische, berufliche und soziale Rehabilitation.
- Außerdem sichert sie entsprechend ihrem gesetzlichen Auftrag die Verletzten und die unter einer Berufskrankheit Leidenden oder deren Angehörige finanziell ab und entschädigt sie gegebenenfalls.

Die gesetzliche Unfallversicherung ist eine für die Versicherten beitragsfreie Sozialversicherung. Sie wird von den Unternehmen und vom Land Berlin finanziert.

Versicherte

Die Unfallkasse gewährleistet den Unfallversicherungsschutz

in der Schüler-Unfallversicherung für

- Kinder in anerkannten Tageseinrichtungen,
- Kinder bei anerkannten Tagesmüttern (Tagespflegepersonen),
- Schüler in staatlichen und privaten allgemeinbildenden sowie berufsbildenden Schulen.
- Studierende an staatlichen und privaten Hochschulen;

in der Allgemeinen Unfallversicherung für

- Arbeiter, Angestellte und Auszubildende der Verwaltungen im Landesbereich (z. B. Abgeordnetenhaus, Verfassungsgerichtshof, Hauptverwaltung, Rechnungshof, Datenschutzbeauftragte) sowie der Bezirksämter mit den jeweiligen Verwaltungen, Anstalten, nachgeordneten Einrichtungen und Betrieben,
- Beschäftigte in Unternehmen des Landes, die in selbstständiger Rechtsform betrieben werden, sofern nicht eine Berufsgenossenschaft fachlich zuständig ist,

- gemeinnützig und ehrenamtlich Tätige (z. B. Zeugen, Hilfeleistende, Schöffen, bürgerschaftlich im öffentlichen Bereich Engagierte),
- Beschäftigte in privaten Haushaltungen,
- Unternehmen nicht gewerbsmäßiger "kurzer" Bauarbeiten,
- Personen, die in Einrichtungen zur Hilfe bei Unglücksfällen tätig sind,
- Personen, die während des Freiheitsentzuges beschäftigt sind,
- Blutspender in städtischen Krankenhäusern.
- häusliche Pflegepersonen,
- Beschäftigte in Arbeitsgelegenheiten nach § 16 Abs. 3 SGB II, sog. Zusatzoder Ein-Euro-Jobs.



Anzahl der Versicherten

Schüler-Unfallversicherung		
Versichertengruppe	2006	2007
Kinder in anerkannten Tageseinrichtungen	101.385	105.600
 Schüler in staatlichen und privaten allgemeinbildenden 		
und berufsbildenden Schulen	438.275	431.359
 Studierende an staatlichen und privaten Hochschulen 	132.583	132.850
Kinder, die von Tagesmüttern betreut werden	4.301	4.655
Insgesamt	676.544	674.464

Zahl der Versicherten

In der Schüler-Unfallversicherung kam es im Berichtsjahr nur zu einem unwesentlichen Rückgang im Versichertenbestand. Der Rückgang zum Vorjahr betrug in 2007 mit insgesamt 2.080 Versicherten rund 0,3 Prozent. Während sich die Schülerzahl in den öffentlichen und privaten allgemeinbildenden sowie berufsbildenden Schulen um 6.916 (rund 1,6 Prozent) verringerte, nahm demgegenüber die Anzahl der Studenten um 267 Personen (rund 0,2 Prozent) zu.

Allgemeine Unfallversicherung		
Versichertengruppe	2006	2007
 Arbeiter, Angestellte und Auszubildende im Landesbereich sowie der Bezirksämter mit ihren jeweiligen Verwaltungen, Anstalten, nachgeordneten Einrichtungen und Betrieben 	65.441	60.492
 Beschäftigte in Unternehmen des Landes, die in selbst- ständiger Rechtsform betrieben werden 	83.514	80.298
 Beschäftigte in privaten Haushaltungen Beschäftigte in Arbeitsgelegenheiten nach § 16 Abs. 3 SGB II, sog. Zusatz- oder Ein-Euro-Jobs 	6.251 52.710	6.846 47.863
 Unternehmer nicht gewerbsmäßiger "kurzer" Bauarbeiten Personen, die in Einrichtungen zur Hilfe bei Unglücksfällen 	1.000	1.000
 tätig sind Blutspender in Einrichtungen, die bei der UKB versichert sind ehrenamtlich Tätige (z. B. Schöffen, Elternvertreter, Wahl- 	6.794 48.289	44.156
helfer, bürgerschaftlich Engagierte) häusliche Pflegepersonen	57.419 46.425	40.366 46.425
 Personen, die während des Freiheitsentzuges beschäftigt sind sonstige regelmäßig in nicht unerheblichem Umfang Tätige 	2.647	2.620 2.816
Insgesamt	373.469	339.547



Bei den Kindern in anerkannten Tageseinrichtungen konnte im Berichtsjahr ein Anstieg der Versichertenzahl um rund 4,2 Prozent verzeichnet werden. Absolut entspricht dies einem Plus von 4.215 Kindern. Ganz wesentlich steht diese Entwicklung in Zusammenhang mit der Einführung des kostenlosen letzten Kitajahres seit 2007. Auch bei den betreuten Kindern in Tagespflege stieg die Versichertenzahl in 2007 um 354 Kinder (rund 8,2 Prozent).

In der Allgemeinen Unfallversicherung sank die Zahl der abhängig Beschäftigten (Angestellte, Arbeiter und Auszubildende des Landes Berlin und der Unternehmen in selbstständiger Rechtsform) um 8.165 auf 140.790 Personen (rund 5,5 Prozent). Hauptursache hierfür war der fortgesetzte Stellenabbau im Land Berlin.

Insgesamt verringerte sich die Versichertenzahl in der Allgemeinen Unfallversicherung um 33.922 Personen. Dies entspricht einem Minus von insgesamt 9,1 Prozent. Die Entwicklung resultiert im Wesentlichen aus dem Rückgang von ehrenamtlich Tätigen (insbesondere Wahlhelfer) um 17.053 Personen (rund 29,7 Prozent), da im Berichtsjahr keine Landtags- bzw. Bundestagswahl stattfand.

In 2007 waren in der Allgemeinen Unfallversicherung bei der Unfallkasse Berlin 139 Dienststellen und Unternehmen in selbstständiger Rechtsform versichert. Dies entspricht einem Rückgang von zwei Unternehmen gegenüber 2006.

Haushaltshilfen

Die privaten Haushaltshilfen stehen ebenso wie z. B. Babysitter oder Gartenhelfer unter dem Schutz der gesetzlichen Unfallversicherung. Der private Arbeitgeber ist verpflichtet, seine Haushaltshilfe binnen eines Monats nach Beginn des Beschäftigungsverhältnisses bei der Unfallkasse anzumelden.





Im Jahre 2007 waren 6.846 (Vorjahr 6.251) Haushaltshilfen bei der Unfallkasse Berlin gemeldet, wovon 5.248 (Vorjahr 4.316) Haushaltshilfen bei der Minijobzentrale als Minijob geführt wurden.

Der Jahresbeitrag pro Haushaltshilfe lag im Berichtsjahr bei 45 Euro, sofern diese bis zu zehn Stunden pro Woche gearbeitet hat. War ihre Wochenarbeitszeit höher, mussten 90 Euro Jahresbeitrag entrichtet werden.



Selbstverwaltung

Selbstverwaltung

Die Unfallkasse Berlin ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts mit Selbstverwaltung.

Ihre Organe sind Vertreterversammlung und Vorstand. Sie setzen sich jeweils paritätisch aus gewählten, ehrenamtlich tätigen Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammen.

Die Aufgabe der Vertreterversammlung ist in etwa vergleichbar mit der eines Parlamentes: Sie beschließt über das autonome Recht, zum Beispiel über die Satzung oder die Unfallverhütungsvorschriften. Auch die Bewilligung des Haushalts und die Wahl von Vorstand und Geschäftsführer gehören zu den Aufgaben der Vertreterversammlung.

Der Vorstand legt die Grundsätze der Verwaltungstätigkeit fest, stellt den Haushaltsplan der Unfallkasse auf und führt die Beschlüsse der Vertreterversammlung aus.

Delegierte

- zur Mitgliederversammlung der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (DGUV):
- Bernd Roschakowski und Jeannette Heymann
- zur Landesverbandsversammlung des Landesverbandes Nordost der DGUV (LVBG) und der Unfallbehandlungsstelle (UBS) Berlin:

Michael Wiedeburg und Wolfgang Schulz

Helmfried Hauch ist im Vorstand des LVBG und Volker Claus ist im Vorstand der DGUV.

Zusammensetzung der Selbstverwaltung

Ordentliche Mitglieder der Vertreterversammlung*

Gruppe der Versicherten	Gruppe der Arbeitgeber
Borck, Daniela	Blume, Christian
Dombrowsky, Ulrich	Borchert, Evelyne
Dutschke, Michael	Elsner, Hans-Michael
Goldbeck, Uwe	Nitsch, Angelika
Hauch, Helmfried	Reich, Ernst-Ulrich
Krüger-Thieme, Catrin	Schulz, Wolfgang (alternierender Vorsitzender)
Skrabs, Sylvia (alternierende Vorsitzende)	Sokolowski, Dirk
Wiedeburg, Michael	Vater, Angelika
Zauner, Margrit	Zemke, Frank

Ordentliche Mitglieder des Vorstandes*		
Gruppe der Versicherten	Gruppe der Arbeitgeber	
Berndt-Willner, Brigitte	Claus, Volker (alternierender Vorsitzender)	
Roschakowski, Bernd	Heymann, Jeannette	
Schaberg, Werner (alternierender Vorsitzender)	Preuß, Detlev	
_		
* Stand 31.12.2007		

Ausschüsse der Unfallkasse Berlin

	Versichertenseite	Arbeitgeberseite
Organisationsausschuss	Schaberg, Werner	Claus, Volker
Rentenausschuss	Berndt-Willner, Brigitte	Heymann, Jeannette
Widerspruchsausschuss	Wiedeburg, Michael	Elsner, Hans-Michael
Präventionsausschuss	Berndt-Willner, Brigitte	Preuß, Detlev
	Skrabs, Sylvia	Blume, Christian





Verwaltung, Datenverarbeitung und Organisation, Prüf- und Beratungsdienst

10

Verwaltung

Die Unfallkasse Berlin hatte im vergangenen Jahr 161 Beschäftigte. Davon befanden sich 149 Personen in einem Arbeits- und zwölf in einem Beamtenbzw. Dienstordnungsverhältnis. Außerdem bildet die Unfallkasse derzeit zwölf Auszubildende zu Sozialversicherungsfachangestellten aus.

Im Berichtsjahr haben vier Auszubildende die Ausbildung erfolgreich beendet. Sie wurden befristet weiterbeschäftigt. Ferner wurden erstmals zwei Mitarbeiterinnen zu einer zweijährigen Fortbildung im Recht der gesetzlichen Unfallversicherung an die Fachhochschule der DGUV in Bad Hersfeld entsandt. Im Berichtsjahr haben zudem drei Dienstkräfte der Abteilung Prävention die Ausbildung zur Aufsichtsperson abgeschlossen. Sie unterstützen die Referate Schüler-Unfallversicherung, Technik und Verwaltung sowie Organisationsentwicklung.

Die Weiterentwicklung der Beschäftigten hat ohnehin in der Unfallkasse einen hohen Stellenwert. Die sich ständig verändernden fachlichen Herausforderungen, sei es durch Gesetzesänderungen oder Änderungen in technischen Standards, machen die gesetzliche Unfallversicherung zu einer ausgesprochen fortbildungsintensiven Branche.

Die Auswahl der Qualifizierungsmaßnahmen erfolgt nach inhaltlichen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten. Wo eine In-Haus-Schulung der sinnvollste und preiswerteste Weg ist, wird dieser gewählt. Daneben nutzt die Unfallkasse gern die Verwaltungsakademie in Berlin.

Der Zusammenschluss der Spitzenverbände der öffentlichen und der gewerblichen Unfallversicherungsträger zur Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (DGUV) hat auch Auswirkungen

Organisationsstruktur der Unfallkasse Berlin **Vorstand** Geschäftsführer Wolfgang Atzler Stellv. Geschäftsführer Michael Laßok Presse-/Öffentlich-Controling/ Prüf- und Innenrevision keitsarbeit **Datenverarbeitung** Beratungsdienst N.N. Kirsten Wasmuth Helene v. Tauchnitz Simone Gozdzik Recht/Grund-Prävention Leistungen Verwaltung satzfragen Michael Arendt Steffen Glaubitz Mathias Brabandt Michael Laßok

auf das Bildungsangebot. Mit nunmehr drei Ausbildungszentren kann die DGUV spezialisiertere Lehrgänge anbieten und noch mehr auf den Bedarf der Unfallversicherungsträger eingehen.

Prüf- und Beratungsdienst

"Wir prüfen, um Sie anschließend bestmöglich beraten zu können."
Auch im Berichtsjahr stellte sich der Prüf- und Beratungsdienst gemäß seines Leitsatzes durchgängig in den Dienst der versicherten Unternehmen. Oberstes Gebot ist es, mittels einer Prüfung und Beratung auf qualitativ hohem Niveau eine uneingeschränkte Beitragsgerechtigkeit für alle versicherten Unternehmen innerhalb der Solidargemeinschaft zu erreichen.

Die individuell auf die Bedürfnisse der Unternehmen abgestimmten Leistungen des Prüf- und Beratungsdienstes haben eine objektive Vertrauensbasis geschaffen. Ohne Skepsis werden die zusätzlichen Beratungsangebote mit wachsender Selbstverständlichkeit genutzt und gezielt abgefordert.

Über den gesetzlichen Auftrag hinausgehend – der Prüfung der Richtigkeit der

gemeldeten Entgeltsummen hinsichtlich der Höhe und des versicherten Personenkreises – stehen die Unternehmen im Fokus der Arbeit. Die positiven Resonanzen zeigen, dass wir uns auf dem richtigen Weg befinden.

Datenverarbeitung und Organisation

Die Unfallkasse Berlin hat im Berichtszeitraum die jährliche Personalbedarfsbemessung durchgeführt, die Ergebnisse vorgelegt und im Haushaltsplan für 2008 umgesetzt. Bei der Auswertung des Benchmarking-Projektes "Sachbearbeitung bei gesetzlichen Unfallversicherungsträgern" platzierte sich die Unfallkasse Berlin im vorderen Teilnehmerfeld.

Die Anwendung DALE-UV (Datenaustausch mit Leistungserbringern in der gesetzlichen Unfallversicherung) wird von immer mehr Institutionen genutzt. Die neue Programmversion bewältigt das erheblich gestiegene Volumen.

Die Weiterentwicklung der hauseigenen Systeme wurde erfolgreich fortgesetzt.





Prävention

12

Aufgaben der Prävention und Umsetzung

Zur Umsetzung des gesetzlichen Auftrages für die Prävention gemäß Sozialgesetzbuch VII passt die Abteilung Prävention regelmäßig ihre Strategien an.

Zur Erfüllung der Zielvorgaben der "Potsdamer Erklärung" (Senkung der Unfälle um 30 Prozent bis 2011) wurden auf einer Klausurtagung der Abteilung unter Beachtung der Handlungsempfehlungen des ehemaligen Bundesverbandes der Unfallkassen die bereits initiierten Aktivitäten präzisiert und ergänzt. Sehr hilfreich war dabei die im Ergebnis der Kundenbefragung von 2005 konzentrierte Ausrichtung auf die wesentlichen Zielgruppen. Der Abschluss der Dienstvereinbarung über das Gesundheitsmanagement in der Berliner Verwaltung zwischen dem Hauptpersonalrat und der Senatsver-

waltung für Inneres führte zu konkreten Maßnahmen in der Präventionsarbeit. So beteiligt sich die Unfallkasse u. a. finanziell und personell an der Ausbildung der Gesundheitskoordinatoren durch die Verwaltungsakademie. Des Weiteren wurden für 2008 spezielle Seminarthemen zum Gesundheitsmanagement ausgearbeitet und so die Managementthemen insgesamt weiter aufgewertet.

Das 2006 eingeführte Qualitätsmanagementsystem der Abteilung Prävention wurde 2007 weiter vorangebracht. So können z. B. künftig durch eine produktbezogene Zeiterfassung der Tätigkeiten die Ressourcen besser gesteuert werden.

Seminare

Die Seminartätigkeit war auch 2007 ein wesentlicher Bestandteil der Präventions-

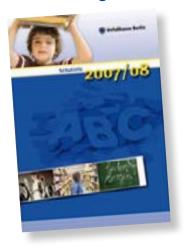
arbeit. In 185 Seminaren wurden 2.724
Teilnehmer geschult. Allein 18 Seminare
wurden in Abstimmung mit der Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft
und Forschung bzw. mit den bezirklichen
Dienststellenleitern für Schulleitungen
angeboten. 87 Seminare wurden für
versicherte Unternehmen auf Wunsch als
Inhouse-Seminare durchgeführt.
Das Seminarprogramm kann im Internet
auf der Homepage www.unfallkasseberlin.de eingesehen werden.

Erste Hilfe

Im Jahr 2007 wurden 11.203 Personen aus den versicherten Unternehmen der Unfallkasse Berlin zu Ersthelfern ausgebildet: 7.913 Ersthelfer für Schulen und Kitas sowie 3.290 Ersthelfer für Hochschulen, Verwaltungen und Betriebe.



Schüler-Unfallversicherung



Ziel der Arbeit dieses Referates ist es, Sicherheit und Gesundheit in Kindertagesstätten und Schulen zu fördern. Die Ansprechpartner dabei sind zunehmend Führungskräfte aus diesen Bereichen. Jährlich wird in einer Kita-Info und in einer Schul-Info über interessierende Themen berichtet. Im Berichtszeitraum stand das Thema Haut im Mittelpunkt – ebenso Klassenfahrten und der Umgang mit Feuer.

Die Zahl der Versicherten nahm um rd. 2.000 ab, die der Unfälle ging jedoch um ca. 2.700 zurück. Im Ergebnis bedeutet dies, dass die Unfallquote gegenüber dem Vorjahr deutlich sank.

Entwicklung der kostenverursachenden Unfälle in der Schüler-Unfallversicherung für Kita-Kinder, Schüler und Studenten in den letzten fünf Jahren

Jahr	Anzahl der Unfälle	TMQ*
2003	70.639	95
2004	68.282	93
2005	65.017	94
2006	64.327	95
2007	61.653	91

* TMQ: Tausendmannquote (Unfälle pro tausend versicherte Personen)

"Upsi"

Vielen Berliner Kindern im Kita-Alter ist "Upsi" mittlerweile ein Begriff. "Upsi" ist die kindgerechte Figur der Abteilung Prävention, die Kinder und ihre Vorleser in Kinderbüchern mit hoher Motivation an unterschiedliche Präventionsthemen heranführt. Inzwischen wurde im Rahmen

der europäischen Hautschutzkampagne auch ein "Upsi"-Buch zum Thema Haut herausgegeben. Es ist bereits das vierte Buch, das erstmalig auch von den Erstklassen der Grundschulen mit Begeisterung aufgenommen wurde.

Mehr Mut - Keine Angst im Schulsport

Häufig bewegen Sportlehrer/-innen die gleichen Fragen, wenn es um Themen wie Aufsicht, Erkrankungen, Sportverletzungen o. ä. im Sportunterricht geht. Deshalb wurde ein Ratgeber erstellt, der den SportlehrerInnen eine Hilfestellung im Schulalltag gibt und sie gleichzeitig für Gesundheitsthemen im Zusammenhang mit dem Schulsport sensibilisiert.



Er wurde gemeinsam mit Sportlehrkräften aus unterschiedlichen Berliner Schulen verfasst.

Mit dieser Broschüre werden Berliner Sportlehrkräfte zum Unfallgeschehen im Schulsport sensibilisiert und auf Präventionsmaßnahmen im Unterricht aufmerksam gemacht.

2007 ist die Broschüre an alle Berliner Schulen gegangen. Erste Reaktionen sind sehr positiv und die Zahl der Nachbestellungen verstärkt den Eindruck, dass das Ziel erreicht wurde: Die Broschüre wird als praxisnahes Nachschlagewerk gesehen.

Broschüre "Für den Ernstfall gerüstet – Organisation der Ersten Hilfe in Berliner Schulen, Kindertagesstätten, Horten und Berufsschulen"

Wenn sich jemand verletzt, ist schnelles Handeln gefragt. Erste-Hilfe-Maßnahmen am Unfallort können ausschlaggebend für die Rettung eines Menschen sein und den Heilungsverlauf entscheidend beeinflussen. Alles muss schnell gehen und die Hilfsmittel für die Erstversorgung müssen griffbereit sein.

Wer ist für die Organisation der Ersten Hilfe verantwortlich? Wie wird eine gute Erstversorgung von Verletzten und Erkrankten sichergestellt? Welche Maßnahmen sind nach dem Eintritt eines Unfalls einzuleiten und was ist beim Transport von Verletzten zu beachten?

Auf diese und ähnliche Fragen werden in der neuen Broschüre Antworten gegeben. Verantwortliche erhalten wichtige Hinweise, welche technischen und organisatorischen Voraussetzungen zur Sicherung einer wirksamen Ersten Hilfe erforderlich sind.



Allgemeine Unfallversicherung

Entwicklung der meldepflichtigen Unfälle in den letzten fünf Jahren

Jahr	Anzahl der Unfälle	TMQ*
2003	4.007	22.7
2004	4.007	22.9
2005	3.249	19.0
2006	3.246	20.9
2007	2.656	18.0

* TMQ: Tausendmannquote (Unfälle pro tausend versicherte Personen)

Im Berichtszeitraum ereigneten sich 2.656 Unfälle. Die Tausendmannquote sank damit gegenüber dem Vorjahr auf 18.

Referat Technik und Verwaltung

Im Referat Technik und Verwaltung werden neben den Berliner Verwaltungsbehörden u. a. die Stiftung Oper, die Polizei, Feuerwehr, Justiz, die BSR und Wohnungsbaugesellschaften betreut. Wir bieten den Verantwortlichen Beratung und Seminare an.

Die Aufsichtspersonen bieten bei Bedarf zu den Themen Gefährdungsbeurteilung/ Risikobetrachtung, Verantwortung im Arbeits- und Gesundheitsschutz kompetente Beratung und Unterstützung an. Bei der Einführung des Betrieblichen Gesundheitsmangements ist neben der fachlichen Beratung auch eine finanzielle Unterstützung möglich.

Umsetzung der "Potsdamer Erklärung"

Zur Senkung der Arbeitsunfallzahlen bis 2011 um 30 Prozent wurde das Ranking der unfallträchtigsten Unternehmen anhand der Unfallzahlen, Unfallkosten und Tausendmannquoten aktualisiert. Auffällig war, dass sich auch Verwaltungsbehörden unter den ersten 20 Unternehmen mit den höchsten Unfallzahlen befanden. Bereits seit 2006 bilden die Justizvollzugsanstalten, in der Gefangene in den Werkstätten arbeiten, einen Schwerpunkt. Hier wurde auch im Berichtsjahr besonders auf den Stand und die Umsetzung der Gefährdungsbeurteilung gemäß Arbeitsschutzgesetz geachtet.

Projekt "Entwicklung eines Mediensystems zur Verhaltensprävention in Entsorgungsunternehmen"

Im August wurde in der BSR ein neu entwickeltes Medienpaket vorgestellt, das dem Unternehmen spezielle Unterstützung in der Verhaltensprävention bei Fragen zum Behältertransport, Lärm, Heben und Tragen bietet. Es beinhaltet eine CD mit Leitfäden für die Multiplikatoren, Begleitbroschüren und Folienpräsentationen sowie eine DVD mit 13 Kurzfilmen. Das Medienpaket wurde schon bei der BSR mit gutem Ergebnis getestet. Weitere Informationen sind unter der Internetseite www.medien-der-entsorger. de zu finden.



Projekt "Fit im Einsatz" – Ein Übungsprogramm für Freiwillige Feuerwehrleute der Berliner Feuerwehr

Ziel dieses Projektes ist es, die körperliche Fitness zu steigern und langfristig auf einem hohen Niveau zu halten. Die teilnehmenden Feuerwehrleute der Direktion West und Nord wurden dazu vorab getestet. Anschließend fanden individuell zugeschnittene Übungsseminare statt. Für die eigenständige Weiterführung des Fitnessprogramms erhielt jeder der Teilnehmer neben den Sportgeräten einen Übungsordner mit Anleitungen, Informationen und Übungsprogrammen. Die Ausbildung der Übungsleiter zur Sicherung der Nachhaltigkeit wird im Seminarprogramm für 2008 angeboten.

Referat Gesundheitsdienst und Universitäten

Präventionsschwerpunkt Schnitt- und Stichverletzungen

Zu den häufigsten Verletzungsarten im Gesundheitsdienst gehören nach wie vor die Stich- und Schnittverletzungen. Deshalb wurden im Berichtszeitraum die Aktivitäten zur Senkung von Stich- und Schnittverletzungen verstärkt. Dazu gehörten:



Analyse der Stich- und Schnittverletzungen

Es wurden alle Unfallanzeigen von Arbeitsunfällen durch Stich- und Schnittverletzungen der Berliner Kliniken aus dem Jahr 2005 im Berichtzeitraum ausgewertet und mit einer Auswertung aus den Jahren davor verglichen. Wesentliche Veränderungen zwischen den Auswertungen

wurden nicht festgestellt. Eine Erkenntnis der vorherigen Analysen, dass unerfahrene Beschäftigte besonders häufig von Schnitt- und Stichverletzungen betroffen sind, bestätigte sich durch einen weiteren Anstieg der Unfälle in der Altersgruppe zwischen 20–30 Jahren.

Um Berufseinsteiger vor diesen Verletzungen zu schützen, ist die Einführung verletzungsarmer Medizinprodukte sowie eine gute Einweisung einschließlich Training in den medizinischen Berufen erforderlich.

2. Einführung verletzungsarmer Medizinprodukte

Im Rahmen einer Schwerpunktaktion gemeinsam mit dem Landesamt für Arbeitsschutz, Gesundheitsschutz und technische Sicherheit wurden 32 Kliniken an 15 Standorten besichtigt und beraten. Ziel der Maßnahmen war, den Stand der Umsetzung der TRBA 250 "Biologische Arbeitsstoffe im Gesundheitswesen und in der Wohlfahrtspflege" hinsichtlich des Austausches von verletzungsträchtigen medizinischen Arbeitsmitteln durch sichere Produkte, beispielsweise für Injektionsnadeln, zu überprüfen. Im Vorfeld dieser Besichtigungen wurden die Mitgliedsbetriebe aufgefordert, diese Umstellung zu veranlassen und die Wirksamkeit der Maßnahmen zu prüfen. Die Besichtigungen zeigten, dass in allen besichtigten Mitgliedsbetrieben mit der Umstellung der gängigen Arbeitsmittel begonnen bzw. diese bereits abgeschlossen wurde. Es zeigte sich: Wenn die Mitarbeiter am Auswahlprozess der Geräte beteiligt waren, war die Akzeptanz der neuen Systeme sehr gut. War dies nicht der Fall, gab es bei verschiedenen Produkten Vorbehalte, die auf ungewohnte Handhabbarkeit, fehlendes Training und/ oder Auswahl ungeeigneter Produkte zurückzuführen waren. Tendenziell sinken bereits jetzt die Unfälle.



3. Informationsmaterial für Einweisungen und Training

Hands up – Heatgun Zwei große Brände in Berliner Universitäten

Gleich zweimal hat eine Heißluftpistole (auch Heatgun oder Heißluftgebläse genannt), die von jedem Heimwerker normalerweise zum Abbrennen von Farben und Lacken benutzt wird, zu verheerenden Bränden im Laborbereich geführt. In beiden Fällen entzündete sich brennbare Flüssigkeit an der noch heißen Heißluftpistole, die sich im Laborabzug befand. Ein Mitarbeiter erlitt schwere Verbrennungen an den Händen und vier weitere trugen leichte Rauchvergiftungen davon. Der entstandene Sachschaden beläuft sich je Brand auf ca. 200.000 Euro.

Bei der Unfalluntersuchung durch die Unfallkasse und das LAGetSi zeigte sich, dass die Heißluftpistole, die bis zu 550°C heiß werden kann, zu einem gängigen Arbeitsmittel im Laborbereich geworden ist und mittlerweile den Bunsenbrenner ersetzt. Die Geräte werden als Heizquelle für sehr unterschiedliche Arbeitsgänge eingesetzt. Das reicht vom Ausheizen





von Glasgeräten und -apparaturen bis zum Erwärmen von Flüssigkeiten. Die Gefährdung durch die Heißluftpistole wurde im Laborbereich noch nicht beurteilt. Eine Betriebsanweisung, in der die sichere Handhabung der Heißluftpistole beschrieben ist, fehlt ebenfalls.

Der "Ausschuss für Gefahrstoffe" hat nun reagiert und einen Passus "Heißluftgebläse" in die Technische Regel für Gefahrstoffe TRGS 526 aufgenommen. Es wurde festgelegt, dass "Heißluftgebläse nicht in der Nähe brennbarer Flüssigkeiten oder

Referat Organisationsentwicklung

Dämpfen betrieben werden dürfen".

Das Referat Organisationsentwicklung unterstützt die Fachreferate durch die Beratung zu Themen der Arbeitspsychologie, Arbeitsmedizin und Arbeitsschutzorganisation. Auf Anforderung der Fachreferate werden betriebliche Beratungen und Ermittlungen übernommen und Projekte begleitet oder durch gezielte Maßnahmen unterstützt.

Verstärkte Aktivitäten gibt es im Bereich des Betrieblichen Gesundheitsmanagements (BGM). Das Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf erhält Unterstützung bei der Initiierung eines BGM. Ein direkt in der Organisation angesiedeltes Projektteam erarbeitet ein eigenständiges und maßgeschneidertes Vorgehen und sichert mit der Verankerung des BGM innerhalb der bestehenden Bezirksamtsstrukturen die Nachhaltigkeit des Projektes. Eine Kooperationsvereinbarung sowie der Projektauftrag wurden dazu Ende Mai von der Unfallkasse Berlin und dem Bezirksbürgermeister unterzeichnet.

Eine Zusammenarbeit mit weiteren Bezirksämtern wird angestrebt bzw. derzeit schon vorbereitet. Wichtige Impulse dafür gibt auch die im November unterzeichnete Dienstvereinbarung über das Gesundheitsmanagement in der Berliner Verwaltung (DV Gesundheit).

Die Leistungen der Abteilung Prävention der Unfallkasse Berlin (UKB) in diesem Bereich sind in zwei neu gestalteten Flyern dargestellt. Die Informationen "Betriebliches Gesundheitsmanagement" und "Projektmanagement im Arbeitsund Gesundheitsschutz" richten sich an Führungskräfte und Entscheidungsträger des öffentlichen Dienstes und sind im Internet unter www.unfallkasse-berlin.de eingestellt oder über die UKB kostenlos zu beziehen.

Betriebliches Gesundheitsmanagement Initiieren, Entwickeln, Leben, Eine Information für Führungskräfte des öffentlichen Dienstes W Unfallkasse Berlin

Auch die Charité Universitätsmedizin Berlin hat ein Projekt zur betrieblichen Gesundheitsförderung gestartet. Mit den weiteren Kooperationspartnern Techniker Krankenkasse und dem Zentrum für angewandte Gesundheitsförderung und Gesundheitswissenschaften (ZAGG) beteiligt sich auch die Unfallkasse Berlin an den umfangreichen Aktivitäten, die innerbetrieblich federführend vom arbeitsmedizinischen Zentrum der Charité geleistet werden. Ziel ist die Einführung und nachhaltige Integration eines betrieblichen Gesundheitsmanagements in der Charité unter Berücksichtigung aller Hierarchieebenen, Berufs- und Personengruppen, auch unter Aspekten von Gender und Demografie. Um zunächst Belastungsfaktoren, Gesundheitsrisiken und Gesundheitsressourcen zu identifizieren, wurde im Herbst 2007 eine umfassende Mitarbeiterbefragung durchgeführt. Die Auswertung liegt als Gesundheitsbericht vor und dient als Teil der Situationsanalyse dazu, nächste Projektschritte bedarfsgerecht zu entwickeln und geeignete Maßnahmen abzuleiten.

"Deine Haut. Die wichtigsten 2m² Deines Lebens."

So lautet das Motto der gemeinsamen Präventionskampagne der gesetzlichen Unfall- und Krankenversicherung, die sich in den Jahren 2007 und 2008 ganz dem Thema Haut widmet. Ziel der Kampagne ist es, für einen bewussteren Umgang mit dem größten menschlichen Organ zu sensibilisieren.

Die Unfallkasse Berlin hat sich mit verschiedenen Projekten aktiv an der Kampagne beteiligt.

Das Projekt zum Hautschutz im Universitätsklinikum Charité als Bestandteil des Projektes "Einführung eines Gesundheitsmanagements" richtet sich an alle Beschäftigten, deren Haut durch langes Handschuhtragen und/oder häufiges Händewaschen besonders gefährdet ist. Ziel ist es, frühzeitig Hauterkrankungen zu erkennen, zu erfassen und eine adäquate Behandlung einzuleiten. Der betriebsärztliche Dienst stellt in Zusammenarbeit mit der Abteilung Prävention seine Fachkompetenz sowohl für Schulungen als auch für die individuelle Beratung des einzelnen Beschäftigten zur Verfügung. So konnte durch gezielte Information und Motivation für das Thema Haut sensibilisiert werden.

Weiterhin bietet die UKB das Seminar "Hautschutz und Hygiene – Hauterkrankungen vermeiden" für Führungskräfte aus Arbeitsbereichen mit hautbelastenden Tätigkeiten an. Im Verlauf des eintägigen Seminars informiert die UKB sowohl über die Gefährdung der Haut durch verschiedenste Einwirkungen am Arbeitsplatz als auch zu den Möglichkeiten des Hautschutzes und der Vermeidung von tätigkeitsbezogenen Hauterkrankungen. Auch die Aufgaben und Leistungen der gesetzlichen Unfallversicherung werden dargestellt.

Unter dem Motto "Wenn der Beruf unter die Haut geht" schulte die UKB das arbeitsmedizinische Assistenzpersonal der versicherten Krankenhäuser. So konnte eine kompetente Beratung zum Thema Haut auf eine breitere Basis gestellt werden.

Für die Betriebsärzte und Hautärzte aus dem Bereich Berlin und Brandenburg veranstaltete die UKB gemeinsam mit den Berufsgenossenschaften Gesundheitsdienst- und Wohlfahrtspflege, -Verwaltung, -Nahrungsgüter, -Metall und der Unfallkasse Post und Telekom eine Fachtagung zum Thema "Handekzem – Arbeitsplatz in Gefahr". Die Veranstaltung fand sehr große Resonanz und war ein Erfolg.



Des Weiteren wurde ein Hautschutzparcours erstellt. Er ermöglicht Einblicke in eine effektive Gestaltung des Arbeits- und Gesundheitsschutzes bei hautbelastenden Tätigkeiten. Die Besucher erfahren etwas über ihre eigene Haut sowie die richtige Anwendung von Hautschutz und pflege. Auch die Bedeutung der Auswahl von Schutzhandschuhen und ihre richtige Anwendung wird dem Besucher mit Hilfe einer entsprechenden Aktionsfläche nahe gebracht.

Auch unsere jüngsten Versicherten will die UKB zu dem Thema Haut erreichen. Hierfür wurde das Kinderbuch "Upsi rettet den großen Wal" erstellt und an Kitas und Grundschulen versandt.

Zusätzlich arbeitet die UKB eng mit dem LAGetSi bezüglich der Feuchtarbeitskampagne der Länder zusammen.

Die Unfallkasse führte eine speziell auf die verschiedenen Versichertengruppen ausgerichtete Plakataktion durch. So erhielt z. B. die Berliner Feuerwehr flächendeckend branchenbezogene Plakate zur Präventionskampagne Haut. Andere Plakate wurden zusammen mit Fachzeitschriften versandt.

Öffentlichkeitsarbeit

Die Unfallkasse Berlin hat im vergangenen Jahr ihren Internetauftritt überarbeitet und neu gestaltet. Neben einem verbesserten Erscheinungsbild, das auch an das Design der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (DGUV) angelehnt ist, wurde vor allem die Navigation verbessert und somit mehr Übersicht geschaffen. Neu ist ein eigener Bereich für türkische Familien, der die wichtigsten Informationen für Eltern von Kita- und Schulkindern in türkischer Sprache enthält.

Außerdem wurde eine Rubrik für pflegende Angehörige eingerichtet, in dem die wichtigsten Informationen aus dem Pflegebereich zusammengefasst sind. Sehschwache Internetnutzer können nun



auch bequem auf der Startseite zwischen verschiedenen Schriftgrößen wählen, die das Lesen der Inhalte für Sie erleichtern.

Die Unfallkasse Berlin hat durch den Pflegebrief, der sich an pflegende Angehörige richtet, das Angebot für diese Zielgruppe erweitert. Dieser Pflegebrief wurde mit der Aktion "Das Sichere Haus" und weiteren Unfallkassen entwickelt und wird über Selbsthilfegruppen, Pflegedienste, Beratungsstellen, Pflegekassen und andere Einrichtungen an die Pflegepersonen verteilt.





Leistungen

20

Leistungen

Aufgabe der gesetzlichen Unfallversicherung ist die Entschädigung von Arbeitsund Wegeunfällen sowie Berufskrankheiten.

Diese Aufgabe umfasst

- die Steuerung und Durchführung der medizinischen, sozialen und beruflichen Rehabilitation,
- die Entschädigung der Verletzten und Erkrankten durch Geldleistungen, z. B. durch Verletztengeld und Renten,
- die Entschädigung von Angehörigen oder Hinterbliebenen, z. B. durch Witwen- oder Waisenrente bzw. Sterbegeld.

Nach Eintritt eines Versicherungsfalles ist es Ziel und Aufgabe der Unfallkasse Berlin, mit allen geeigneten Mitteln die Leistungsfähigkeit unserer Versicherten wiederherzustellen. Im Vordergrund steht dabei die optimale medizinische Betreuung und Nachsorge in einem Netzwerk aus hochspezialisierten Ärzten, Kliniken und Rehabilitationszentren. Die Wiedereingliederung in Beruf, Arbeit und Gesellschaft wird durch berufliche und soziale Teilhabeleistungen unterstützt.

Die Rehabilitation hat klaren Vorrang vor der Entschädigung durch Rentenleistungen. Unsere medizinischen und beruflich-sozialen Fallmanager kümmern sich daher sofort nach der Unfallmeldung aktiv darum, das optimale Rehabilitationsergebnis zu erzielen, indem sie das Heilverfahren im Dialog mit Behandlern, beratenden Ärzten und den Verletzten aktiv steuern. Im Berichtsjahr wurde insbesondere die Zusammenarbeit zwischen den Sachbearbeitern und den Reha-Experten optimiert, um durch vernetztes Denken und Handeln sowie steuernde Einflussnahme ein möglichst optimales Rehabilitationsergebnis zu erreichen. Unser Ziel, den durch den Versicherungsfall verursachten Gesundheitsschaden zu beseitigen oder zu bessern, seine Verschlimmerung zu verhüten und seine Folgen zu mildern, ist zugleich die Basis dafür, dass Versicherte möglichst frühzeitig wieder an ihren alten Arbeitsplatz oder auch zum Schulunterricht zurückkehren können.

Heilbehandlung einschließlich medizinischer Rehabilitation

Die Unfallkasse Berlin trägt nach Eintritt eines Versicherungsfalles die Kosten der medizinischen Behandlung. Hierfür wurden im Jahr 2007 allein für stationäre Behandlungen und ambulante Heilbehandlungen insgesamt ca. 19 Millionen Euro aufgewendet. Gegenüber 2006 sind die Aufwendungen um über 1 Million Euro zurückgegangen.

Der Leistungskatalog umfasst

- ärztliche und zahnärztliche Behandlungen inklusive erforderlichem Zahnersatz,
- Arznei- und Verbandsmittel.
- Kosten der medizinischen Heilbehandlung, z. B. für Krankengymnastik, Massagen, Bewegungs-, Sprach- und Beschäftigungstherapien, Prothesen, orthopädische und technische Hilfsmittel,
- Belastungserprobung und Arbeitstherapien,
- Pflegeleistungen.

Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben und zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft

Behinderte oder von Behinderung bedrohte Versicherte erhalten Leistungen zur medizinischen Rehabilitation, zur Teilhabe am Arbeitsleben und zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft. Im Januar 2007 befanden sich vier Versicherte in

laufenden beruflichen Rehabilitationsmaßnahmen.

Zunehmend werden Leistungen auch als persönliches Budget erbracht. Durch diese Leistungsform können Versicherte unter bestimmten Voraussetzungen von der Unfallkasse Berlin anstelle von Dienst- oder Sachleistungen zur Teilhabe ein Budget wählen. Hieraus bezahlen sie die Aufwendungen, die zur Deckung ihres persönlichen Hilfebedarfs erforderlich sind. Dies ermöglicht behinderten oder von Behinderung bedrohten Menschen eigenverantwortlich und selbstbestimmt als Experten in eigener Sache zu entscheiden, welche Hilfen für sie am besten sind und welcher Dienst und welche Person zu dem von ihnen gewünschten Zeitpunkt eine Leistung erbringen soll. Die Höhe eines angemessenen Budgets wird im Dialog mit unseren Versicherten ermittelt.

Auf die Leistungsform des persönlichen Budgets besteht nach den Regelungen des Neunten Buches des Sozialgesetzbuches (SGB IX) seit dem 01.01.2008 ein gesetzlicher Anspruch.



Ein Beispiel:

Eine Versicherte wird aufgrund ihrer schweren Unfallfolgen (Querschnittlähmung) seit Jahren über eine Sozialstation gepflegt und betreut. Seit letzter Zeit klagte sie über zunehmende Probleme mit dieser Station (u. a. zunehmender Wechsel des Pflegepersonals). Unserer Versicherten wurde die Möglichkeit der Inanspruchnahme eines persönlichen Budgets vorgestellt und erläutert.

Mit Hilfe eines externen Pflegesachverständigen wurde gemeinsam mit der Versicherten die Pflege in Form eines Arbeitgebermodells abgestimmt. Hinzu kamen noch die Kosten von Pflegeverbrauchsmitteln und für Maniküre- sowie Pediküreleistungen. Sämtliche dafür anfallenden Kosten wurden in das persönliche Paket "geschnürt". Mit der Versicherten wurde vereinbart, über vier Monate diese neue Form der Eigenregie zu testen. Nach einem erfolgreichen Testlauf konnte von beiden Seiten der öffentlich-rechtliche Vertrag über ein persönliches Budget hinsichtlich Pflege, Pflegeverbrauchsmitteln und Maniküre/Pediküre unterzeichnet werden.

Für die Zukunft ist eine Erweiterung dieses Budgets hinsichtlich weiterer Leistungen vorgesehen.

Wirtschaftliche Sicherung

Verletztengeld

Für die Dauer einer unfall- oder erkrankungsbedingten Arbeitsunfähigkeit erhalten Versicherte während der Heilbehandlung nach Ablauf der Entgeltfortzahlung durch den Arbeitgeber Verletztengeld als Lohnersatzleistung von der Unfallkasse. Die Zahlung des Verletztengeldes endet, wenn mit dem Wiedereintritt der Arbeitsfähigkeit nicht zu rechnen und keine berufsfördernde Leistung zu erbringen ist. Im Berichtsjahr konnten die Aufwendungen für das Verletztengeld durch intensive Heilverfahrenssteuerung um rd. 22 Prozent reduziert werden.

Rente

An Rentenleistungen für Versicherte und Hinterbliebene wurden 2007 insgesamt ca. 15,8 Millionen Euro gewährt. Im Berichtsjahr wurden dem Rentenausschuss 313 Rentenbescheide zur Beschlussfassung vorgelegt.

Unfallgeschehen in 2007

Insgesamt wurden 11.915 Arbeitsunfälle und 2.368 Wegeunfälle in der Allgemeinen Unfallversicherung gemeldet. Dies ist gegenüber dem Vorjahr ein Rückgang um 841 Arbeitsunfälle und 587 Wegeunfälle.

Übersicht zum Rentenbestand von 2005 bis 2007

Allgemeine Un	fallversicherung	
2005 2.626	2006 2.600	2007 2.586
Schüler-Unfall	versicherung	

Neue Renten 2007		
Allgemeine Unfallversicheru	ng	
Arbeitsunfälle	32	
Wegeunfälle	35	
Berufskrankheiten	4	
Gesamt	71	
Schüler-Unfallversicherung		
Arbeitsunfälle	29	
Wegeunfälle	3	
Berufskrankheiten	_	

Gesamt



Die Anzahl meldepflichtiger Unfälle ist mit insgesamt 2.656 Fällen gegenüber dem Vorjahr um 590 Fälle zurückgegangen.

In der Schüler-Unfallversicherung wurden im Jahr 2007 insgesamt 70.120 Unfälle gemeldet. Das sind 2.593 Unfälle weniger als im Vorjahr. Auch die Zahl der gemeldeten Wegeunfälle ist um 651 Fälle zurückgegangen. 58.170 Schulunfälle und 3.483 schulische Wegeunfälle waren meldepflichtig.

Insgesamt ereigneten sich im Jahre 2007 im Bereich der Allgemeinen Unfallversicherung und der Schüler-Unfallversicherung vier Unfälle mit tödlichem Ausgang.

 Auf dem Weg zur Arbeit fuhr ein Versicherter mit dem Fahrrad bei grünem Ampellicht auf die Kreuzung, Dort wurde er von einem Kleintransporter erfasst, der bei Rot den Kreuzungsbereich befuhr. Er erlitt ein Schädelhirntrauma, an dessen Folgen er am folgenden Tag verstarb.

- Eine Tierpflegerin wurde von einem Moschusochsen attackiert und ist an den Folgen der schweren Verletzungen noch im Tiergehege verstorben.
- Ein Versicherter hat sich zum Schutz eines Badegastes, der von mehreren Jugendlichen geschlagen wurde, aktiv eingesetzt und wurde von einem der Täter mehrfach mit dem Messer in den Rücken gestochen.
- Eine Schülerin wurde auf dem Weg von der Schule nach Hause als Radfahrerin von einem rechts abbiegenden LKW erfasst und verstarb am Unfallort an den Folgen des Schädelhirntraumas.

Schüler-Unfallversicherung

Gemeldete Unfälle 2007

Arbeitsunfälle 66.244 Wegeunfälle 3.876

Allgemeine Unfallversicherung

Gemeldete Unfälle 2007

Arbeitsunfälle 11.915 Wegeunfälle 2.368



Berufskrankheiten

Berufskrankheiten sind solche Krankheiten, die nach den Erkenntnissen der medizinischen Wissenschaft durch besondere Einwirkungen verursacht werden, denen bestimmte Personengruppen durch ihre Arbeit in erheblich höherem Maße als die übrige Bevölkerung ausgesetzt sind. Diese Berufskrankheiten werden durch Rechtsverordnungen bezeichnet und in einer Berufskrankheitenliste aufgeführt.

Im Berichtsjahr wurden insgesamt 186 Verdachtsanzeigen auf Vorliegen einer Berufskrankheit angezeigt. 24 Berufskrankheiten wurden im Geschäftsjahr anerkannt.



Widersprüche und Klagen – Regress

Widersprüche und Klagen

Im Geschäftsjahr 2007 waren 303 neue Widersprüche zu verzeichnen. Daneben waren insgesamt 266 Klageverfahren vor den Sozialgerichten zu bearbeiten. Das waren 172 unerledigte Klageverfahren aus dem Vorjahr sowie 93 neu eingegangene Klagen. Die Zahl der Verfahren vor den Landessozialgerichten hat sich erhöht und zwar von 87 Verfahren im Vorjahr auf 98 Verfahren im Jahr 2007.

Das Bundessozialgericht hat in diesem Jahr eine wichtige Entscheidung zum Thema Wegeunfall getroffen. Sie betrifft die Frage, ob bei einer Unterbrechung der Arbeit, um sein eigenes Kind nach Hause zu bringen, Versicherungsschutz besteht. Die Klägerin hatte ihre Arbeit in Absprache mit ihrem Vorgesetzten unterbrochen. Wegen ungünstiger Busverbindungen holte sie ihren Sohn von der Schule ab und brachte ihn nach Hause. Auf der anschließenden Fahrt zurück zur Arbeitsstelle erlitt sie einen Verkehrsunfall mit erheblichen Verletzungen.

Der beklagte Unfallversicherungsträger lehnte einen versicherten Arbeitsunfall ab. Klage und Berufung hatten keinen Erfolg. Die ablehnende Entscheidung wurde dann auch vom Bundessozialgericht (BSG) bestätigt.

§ 8 Abs.2 Nr.1 SGB VII bestimmt, dass das Zurücklegen des unmittelbaren Weges nach und von der Tätigkeit versichert ist.





Unstreitig befand sich die Klägerin auch auf einem unmittelbaren Weg zum Ort der Tätigkeit. Allerdings fehlte es an dem erforderlichen sogenannten "inneren sachlichen Zusammenhang" des Weges mit der eigentlichen versicherten Tätigkeit. Das BSG ging zutreffend davon aus, dass die Klägerin den Arbeitsplatz aus privaten "eigenwirtschaftlichen" Gründen vorübergehend verlassen hatte. Anders gesagt: Die Rückfahrt zur Arbeit war nicht durch den Arbeitgeber oder durch betriebliche Notwendigkeiten veranlasst.

Der Versicherungsschutz ergab sich auch nicht aus § 8 Abs.2 Nr. 2 a SGB VII. Danach ist auch das Zurücklegen des vom unmittelbaren Arbeitsweg abweichenden Weges versichert, um Kinder, die mit im eigenen Haushalt leben, abzuholen oder zu bringen. Voraussetzung ist aber, das die Kinder aufgrund der beruflichen Tätigkeit fremder Obhut anvertraut werden.

Eine sogenannte analoge Anwendung der Norm auf die vorliegende Fallkonstellation wurde mangels Gesetzeslücke ebenfalls abgelehnt.





Abgelehnt wurde auch das Vorliegen einer versicherten gemischten Tätigkeit. Eine solche liegt vor, wenn eine Verrichtung gleichzeitig und nicht trennbar sowohl betrieblichen als auch privaten Interessen zu dienen bestimmt ist. Die Rückfahrt zur Arbeit war jedoch nur notwendig, weil die Klägerin ihren Arbeitsplatz aus privaten Gründen verlassen hatte.

Allgemein kann festgestellt werden:

Die unmittelbaren Wege von und zur Arbeit sind versichert. Unter den dargestellten Voraussetzungen sind zudem die Wege von Berufstätigen zur Unterbringung von Kindern versichert, also der Weg zum Kindergarten oder zur Schule und umgekehrt. Gleiches gilt auch, wenn ein Kind fremder Obhut anvertraut wird, also beispielsweise zu den Großeltern zur Beaufsichtigung gebracht wird.

Regress

Rückgriffsmöglichkeiten für den Unfallversicherungsträger entstehen immer dann, wenn ein Versicherter bei einer betrieblichen Tätigkeit oder auf einem versicherten Weg von einem Dritten verletzt wird und ihm selbst ein Schadenersatz nach den gesetzlichen Bestimmungen gegen den Schädiger zusteht. Im Zeitpunkt des Unfalls gehen die zivilrechtlichen Schadensersatzansprüche des Opfers auf den Unfallversicherungsträger über (§ 116 Absatz 1 SGB VII), soweit die Übernahme der Kosten auch dem Geschädigten zugestanden hätte. So kann der Unfallversicherungsträger seine Aufwendungen für die ärztliche Behandlung, Maßnahmen der Rehabilitation, Fahrtkosten, Körperersatzstücke wie Prothesen und Zahnersatz und weitere Leistungen aus dem Leistungskatalog beim Verursacher geltend machen.

Leider gab es auch im Berichtsjahr wieder viele Unfälle mit hohen Kosten, die auf dem Verschulden unserer Versicherten beruhten und damit letztendlich nicht zu Regresseinnahmen führen konnten.

Im Berichtszeitraum wurden der Unfallkasse 3.400 Unfälle mit potenziellen Regressmöglichkeiten gemeldet und vom Referat Regress auf ihre Durchsetzbarkeit hin untersucht. Davon entfielen 1.900 Unfälle auf die Schüler-Unfallversicherung. Von der Gesamtzahl der Fälle waren 2.000 auf die Risiken des Straßenverkehrs zurückzuführen, der Rest auf andere Haftungsgründe, etwa die Verletzung von Verkehrssicherungspflichten oder aus unerlaubter Handlung.

Wieder erwiesen sich die Gefahren des Straßenverkehrs als Hauptursache für Regressunfälle.





Damit entsprechen die absoluten Zahlen insgesamt trotz leicht gesunkener Versicherten- und Fallzahlen den Unfallhäufigkeiten vergangener Berichtszeiträume.

Insgesamt wurden rd. 2,34 Millionen Euro Einnahmen erzielt, die in den Haushalt zurückflossen. Darin sind rd. 1 Million Euro aus Abfindungen für künftige Kosten enthalten.

Jahr	Regresseinnahmen
2005	2,61 Mio. Euro
2006	2,44 Mio. Euro
2007	2,34 Mio. Euro



Haushalt

28

Haushalt

Der Haushaltsplan für das Berichtsjahr 2007 wurde in einer Gesamthöhe von 58.873.680,00 Euro jeweils für Einnahmen und Ausgaben vom Vorstand am 04. Dezember 2006 aufgestellt und von der Vertreterversammlung am 14. Dezember 2006 festgestellt.

Die starke Verschiebung zwischen den Vermögenspositionen "kurz-, mittelund langfristige Guthaben" und "sofort verfügbare Zahlungsmittel" im Vergleich zum Vorjahr ist Folge einer besonderen Situation am Kapitalmarkt in der Zeit um den Jahreswechsel 2006/2007. Da zu dieser Zeit am Kapitalmarkt die Zinssätze für Monatsgelder und Tagesgelder

fast gleich hoch waren und mit weiteren Zinserhöhungen zu rechnen war, wurden die überwiegenden liquiden Mittel im Dezember 2006 im Tagesgeldbereich angelegt, um kurzfristig reagieren zu können. Diese Situation bestand im Jahr 2007 nicht mehr. Hier wurden die zeitweilig freien Mittel wieder überwiegend als Festgelder mit einer Laufzeit von einem Monat angelegt. Durch die günstige Zinsentwicklung im Jahr 2007 und vor allem die Intensivierung der Verhandlungen mit den Banken über Festgeldzinsen konnten die Zinseinnahmen im Jahr 2007 um fast 65 Prozent gegenüber dem Vorjahr gesteigert werden und so die Beitragslast für die versicherten Unternehmen und Institutionen um insgesamt fast 410.000 Euro gesenkt werden.

Die Ausgaben der Unfallkasse Berlin konnten insgesamt um mehr als 2,3 Millionen Euro gegenüber dem Vorjahresniveau gesenkt werden. Eine leichte Erhöhung der sächlichen Verwaltungskosten konnte durch Einsparungen im Bereich der persönlichen Verwaltungskosten kompensiert werden. Die insgesamt ausgewiesene Senkung der Ausgaben im Vergleich zum Vorjahr ist im Wesentlichen durch den Rückgang der Ausgaben im Bereich der Entschädigungsleistungen begründet. Hier wirkt sich offensichtlich der Rückgang der meldepflichtigen Unfälle um rund 4,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr aus.

	KGr	2003	2004	2005	2006	2007	
Aktiva		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	
Sofort verfügbare Zahlungsmittel	00	9.650.707,81	10.682.512,90	4.819.801,59	12.847.530,82	4.023.746,74	
Forderungen	01	802.949,17	-1.057.178,78	-803.175,76	-613.931,70	-479.972,65	
Kurz-, mittel- und langfristige Guthaben	02	2.500.000,00	3.482.490,33	12.626.170,26	3.832.985,80	14.000.000,00	
Wertpapiere und Darlehen	03	86.726,15	63.918,67	40.655,05	16.926,15	0,00	
Sonstige Aktiva	08	1.337.793,08	1.338.046,46	1.332.768,61	1.324.687,81	2.876.048,59	
Summe Aktiva		14.378.176,21	14.509.789,58	18.016.219,75	17.408.198,88	20.419.822,68	
Passiva		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	
		LUK	LUK	LUK	LUK	LUK	
Kurzfristige Verpflichtungen	11	131.843,83	-1.946.730,87	-1.590.752,85	-1.439.131,75	-1.149.208,16	
Darlehen	13	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
Rückstellungen	15	832.932,36	967.932,36	1.122.985,80	1.332.985,80	1.542.985,80	
Sonstige Passiva	18	396.273,29	698.120,40	463.014,11	364.267,57	441.881,00	
		•					
Betriebsmittel	19	13.017.126,73	14.790.467,69	18.020.972,69	17.150.077,26	19.584.164,04	

	KGr	2004	2005	2006	2007
Einnahmen					
		EUR	EUR	EUR	EUR
Beiträge und Gebühren	20 – 22	55.859.962,69	55.094.743,28	50.272.686,73	51.312.471,93
Einnahmen aus Ersatzansprüchen	35	2.446.248,26	2.617.113,10	2.442.186,20	2.324.140,72
Entnahme aus Betriebsmitteln	37	0,00	119.703,50	261.458,67	134.394,66
Zinsen und sonstige Einnahmen	32, 34, 39	595.086,29	552.354,99	687.875,18	1.131.653,98
Summe Einnahmen		58.901.297,24	58.383.914,87	53.664.206,78	54.902.661,29
	KGr	2004	2005	2006	2007
Ausgaben					
		EUR	EUR	EUR	EUR
					Lon
Entechädigungsleistungen	40 - 58	/// // // 317 65	42 525 378 74	42 266 078 32	
Entschädigungsleistungen Prävention	40 – 58 59	44.494.317,65	42.525.378,74	42.266.078,32	40.177.810,08
Prävention	59	2.527.288,78	2.505.364,87	2.576.305,14	40.177.810,08 2.571.006,44
Prävention Umlagewirksame Vermögensaufwendungen	59 62	2.527.288,78	2.505.364,87	2.576.305,14 863,75	40.177.810,08 2.571.006,44 1.098,16
Prävention Umlagewirksame Vermögensaufwendungen Beitragsausfälle	59	2.527.288,78 279,25 20.494,88	2.505.364,87 -180,43 14.201,92	2.576.305,14 863,75 58.191,04	40.177.810,08 2.571.006,44 1.098,16 11.605,00
Prävention Umlagewirksame Vermögensaufwendungen	59 62 64	2.527.288,78	2.505.364,87	2.576.305,14 863,75	40.177.810,08 2.571.006,44 1.098,16
Prävention Umlagewirksame Vermögensaufwendungen Beitragsausfälle Zuführung zu den Betriebsmitteln	59 62 64 67	2.527.288,78 279,25 20.494,88 2.185.120,17	2.505.364,87 -180,43 14.201,92 500,00	2.576.305,14 863,75 58.191,04 0,00	40.177.810,08 2.571.006,44 1.098,16 11.605,00 0,00
Prävention Umlagewirksame Vermögensaufwendungen Beitragsausfälle Zuführung zu den Betriebsmitteln Sonstige Aufwendungen	59 62 64 67 69	2.527.288,78 279,25 20.494,88 2.185.120,17 2.126.435,69	2.505.364,87 -180,43 14.201,92 500,00 1.926.925,16	2.576.305,14 863,75 58.191,04 0,00 1.242.821,29	40.177.810,08 2.571.006,44 1.098,16 11.605,00 0,00 1.493.155,32
Prävention Umlagewirksame Vermögensaufwendungen Beitragsausfälle Zuführung zu den Betriebsmitteln Sonstige Aufwendungen Persönliche Verwaltungskosten	59 62 64 67 69 70, 71	2.527.288,78 279,25 20.494,88 2.185.120,17 2.126.435,69 5.757.958,30	2.505.364,87 -180,43 14.201,92 500,00 1.926.925,16 5.752.438,79	2.576.305,14 863,75 58.191,04 0,00 1.242.821,29 5.921.875,16	40.177.810,08 2.571.006,44 1.098,16 11.605,00 0,00 1.493.155,32 5.752.503,39
Prävention Umlagewirksame Vermögensaufwendungen Beitragsausfälle Zuführung zu den Betriebsmitteln Sonstige Aufwendungen Persönliche Verwaltungskosten Sächliche Verwaltungskosten	59 62 64 67 69 70, 71 72, 73	2.527.288,78 279,25 20.494,88 2.185.120,17 2.126.435,69 5.757.958,30 1.472.995,54	2.505.364,87 -180,43 14.201,92 500,00 1.926.925,16 5.752.438,79 1.429.731,58	2.576.305,14 863,75 58.191,04 0,00 1.242.821,29 5.921.875,16 1.349.148,78	40.177.810,08 2.571.006,44 1.098,16 11.605,00 0,00 1.493.155,32 5.752.503,39 1.479.032,89



Ausgewählte Schriften der Unfallkasse Berlin zu Ihrer besonderen Beachtung

Folgende Publikationen können bei der Unfallkasse Berlin kostenlos bestellt werden:

UKB-I 01:

Stress, Mobbing & Co.

Warum Frau D. krank wird, Herr B. kündigt und Frau S. immer so viel Kaffee trinkt. Psychische Belastungen im Arbeitsleben anhand ausgewählter Beispiele

GUV-I 8551:

Sicherheit und Gesundheitsschutz im öffentlichen Dienst Begriffe, Ziele, Methoden, theoretische Zusammenhänge

UKB-M 1:

Betriebliches Gesundheitsmanagement Initiieren, Entwickeln, Leben

UKB-M 2:

Projektmanagement im Arbeits- und Gesundheitsgebiet Planen, Durchführen, Prüfen, Verbessern

GUV-I 8631:

Organisation des Arbeitsschutzes Grundlagen zur Integration des Arbeitsschutzes in die Organisation

Für Sie besonders wichtig:

Unfallverhütungsvorschrift GUV-V A 1:

Grundsätze der Prävention Allgemeine Vorschriften, Pflichten des Unternehmers, Pflichten der Versicherten, Organisation des betrieblichen Arbeitsschutzes

GUV-Regel GUV-R A 1:

Grundsätze der Prävention Regeln für Sicherheit und Gesundheitsschutz richten sich in erster Linie an den Unternehmer und sollen ihm Hilfestellung bei der Umsetzung seiner Pflichten geben.

Weitere Publikationen sind ebenfalls kostenlos bei der Unfallkasse Berlin erhältlich. Fordern Sie unser Gesamtverzeichnis an.

Broschüren



Unfallkasse Berlin

Culemeyerstraße 2 D-12277 Berlin Telefon 030 7624-0 Telefax 030 7624-1109 www.unfallkasse-berlin.de